

Wo bleibt der Deutschland-Pakt?

Sie waren weder zu übersehen noch zu überhören: Die kilometerlangen Traktorenkolonnen, die den Verkehr in Berlin lahmlegten. Tausende Landwirte, Handwerker und Spediteure machten ihrem Ärger Luft. Die Stimmung ist historisch schlecht für die Regierung. So kommen nach einer aktuellen INSA-Umfrage alle drei Ampel-Parteien zusammen auf genauso viel Prozent wie die Union allein; nämlich 31 %. Nach Wirtschaftsminister Habeck nimmt nun auch Kanzler Scholz die Bauernproteste zum Anlass, vor Extremisten mit Umsturzfantasien zu warnen.

Der Vorsitzende der CDU, Friedrich Merz, sagt dazu: „Wenn ein Bundeskanzler mit einer derart niedrigen Zustimmungsrates keinerlei Anzeichen gibt, vielleicht einmal an seiner Kommunikation, seiner Politik und seinem Füh-



Foto: Dirk Reitze

rungsstil etwas zu ändern, dann lässt er die Bevölkerung einfach allein mit allen Problemen. Scholz schadet damit der politischen Kultur unseres Landes. Das ist einfach respektlos.“

Fakt ist: Die Union hat immer wieder versucht, mit der Ampel-Regierung vernünftige gemeinsame Wege zu finden, wie etwa beim Sondervermögen der Bundeswehr. Alle Vorschläge von CDU und CSU zu gemeinsamen Entscheidungen im letzten Jahr wurden von der Ampelkoalition allerdings abgelehnt. Selbst beim Wahlrecht zum Bundestag, wo es in guter Tradition des Parlaments besonders geboten wäre, den überparteilichen Kompromiss zu finden. Und so wundert es auch nicht, dass der vom Bundeskanzler Scholz groß angekündigte „Deutschland-Pakt“ nie mit Leben gefüllt wurde. „Zeitenwende“, „Deutschland-Tempo“, „Doppel-Wumms“ – für große Worte ist Olaf Scholz allerdings bekannt; wenn er nicht gerade zur Cum-Ex-Äffäre aus Hamburger Zeiten schweigt.

Ein Tennisfeld für einen Wahlaufruf



Ganze 320 Quadratmeter und damit deutlich mehr Fläche als ein Tennisplatz hat Berlins größtes Wahlplakat. Unübersehbar ruft die Großfläche am Konrad-Adenauer-Haus die über eine halbe Million am 11. Februar stimm-

berechtigten Berlinerinnen und Berliner zur Wahl auf. Die Wahlbenachrichtigungen an die etwa 20 Prozent wahlberechtigten Berliner müssten ihre Empfänger bereits erreicht haben. Wer jetzt schon absehen kann, dass er oder sie

am Wahlsonntag, zugleich der letzte Tag der Winterferien, nicht in der Stadt sein sollte, sollte sich jetzt um **Briefwahl** kümmern. Das geht ganz einfach: Entweder Sie beantragen die Briefwahl klassisch über das Formular Ihrer Wahlbenachrichtigung oder Sie beantragen Ihre Unterlagen digital. Dazu ergooglen Sie sich Ihren Weg zum Landeswahlleiter von Berlin am besten mit den Begriffen „Briefwahl, Berlin“ und dann finden Sie ganz schnell die Seite elektronischer „Wahlscheinantrag“. Oder noch einfacher, Sie gehen in die Briefwahlstelle Ihres Bezirks. Auch diese finden Sie auf der Seite des Landeswahlleiters (siehe auch QR-Code).



Klarer Kurs bei der CDU



Foto: Steffen Böttcher

Zwei Jahre lang haben die Christdemokraten an ihrem neuen Grundsatzprogramm gefeilt. Jetzt ist es fertig. Fast jedenfalls. Beschlossen wird es auf dem Bundesparteitag Anfang Mai in Berlin. Nach 1978, 1994 und 2007 wird es erst das vierte seiner Art in der Geschichte der CDU sein. „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“ - so lautet der Titel des Entwurfs, der im Dezember vorgestellt worden war und nun auch offiziell vom Parteivorstand einstimmig beschlossen wurde.

Mit ihrem neuen Grundsatzprogramm wolle die CDU auch einen positiven Gegenentwurf zur chaotischen

AMPel-Politik präsentieren, erklärt der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Es gehe darum, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und eine Politik zu machen, die die Lebensrealität der Bürger ernst nimmt.

Unter anderem sieht der Programmentwurf eine deutliche Wende in der Asyl- und Migrationspolitik mit Asylverfahren außerhalb der EU und Bekenntnisse zur deutschen Leitkultur vor. Außerdem fordern die Christdemokraten Reformen in der Renten- und Arbeitsmarktpolitik und bekennen sich zur Nutzung der Atomkraft.

Bis zum Beschluss des Grundsatzprogramms auf dem Bundes-

CDU-Politik Kurz und knapp

Sicher durch die Krise, denn die CDU hat oft bewiesen, dass sie auch durch schwere Zeiten sicher und gut führen kann.

Wohlstand schaffen und nicht gefährden mit den richtigen Entlastungen und Unterstützungen. Leistung muss sich lohnen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten.

Gezielte Fachkräftezuwanderung statt unkontrollierter Migration.

Starke Landesverteidigung mit einem Verteidigungsetat von dauerhaft mind. 2% des BIP für eine starke Bundeswehr.

Klimaschutz mit Vernunft und Augenmaß, der über Anreize statt über Verbote funktioniert.

parteitag im Mai können nun die Landesverbände den rund 70-seitigen Programmentwurf beraten und Änderungsvorschläge einbringen.

„Kunst ist frei, aber nicht regellos“

Diese Ankündigung schlug zu Jahresbeginn hohe Wellen in Berlin: Mit einer Antidiskriminierungs- und Antisemitismus-Klausel will Berlins Kultursenator Joe Chialo verhindern, dass öffentliche Gelder in extremistische Kanäle gelangen. Das heißt vor allem auch: Wer unter dem Deckmantel der Kunst- und Meinungsfreiheit gegen jüdische Mitbürger oder Israel hetzt, bekommt kein Geld mehr vom Staat. Um sich für staatliche Fördergelder zu bewerben, müssen sich Künstler und Kulturschaffende jetzt also „zu einer vielfältigen Gesellschaft und gegen jede Form von Antisemitismus [...] und zwar gemäß der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)“ bekennen. Eine Selbst-



Foto: Hans-Christian Plambeck

verständlichkeit in Deutschland - sollte man meinen. Doch Künstler und Kulturschaffende in der Hauptstadt wehren sich dagegen in einem offenen Brief. Sie sehen die Kunst- und Meinungsfreiheit gefährdet. Ihr Gegenvorschlag: Eine stark abgeschwächte Klausel, die - ganz bewusst - den Staat Israel ausspart. Im Klartext: Israelhetze soll nach ihrem Willen

auch weiterhin mit Steuergeldern unterstützt werden. Der Überfall der Hamas auf Israel im Oktober 2023 sei eine Zäsur gewesen, erklärt dagegen Kultursenator Chialo und betont: „Kunst ist frei, aber nicht regellos“ - zumindest nicht, wenn es um die „Förderung durch Steuergelder“ gehe. Großes Lob und Zuspruch zur Antisemitismusklausel kommt dagegen vom Zentralrat der Juden: Berlin werde damit seinem „Vorbildcharakter als wichtigster deutscher Kunst- und Kulturstandort gerecht“.

IMPRESSUM

CDU-Landesverband Berlin
Steifensandstraße 8, 14057 Berlin,
Tel.: 030 32 69 04 -0, cduberlin@cdu.berlin;
REDAKTIONSLEITUNG: Dr. Ottilie Klein;
REDAKTION:
Dirk Reitze (verant.), Janine Remme;
SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski